

05.12.2024, 08:43 Uhr

KVI-Tarifrunde in Krisenzeiten: Verantwortung für Standort und Beschäftigung

„Was nicht da ist, kann auch nicht verteilt werden.“

Die Tarifverhandlungen für die Kunststoffverarbeitende Industrie (KVI) in Hessen sind am gestrigen Nachmittag nach mehrstündigen Verhandlungen in Wiesbaden vertagt worden. „Wir haben der IG BCE einen tiefen Einblick in die wirtschaftliche Situation unserer Branche gegeben. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die KVI in Hessen steckt in einer strukturellen Krise. Der Kostendruck ist massiv. Eine Entgelterhöhung von 8,5 Prozent ist für uns absolut nicht umsetzbar“, betont Angelika Teppe (ALMO-Erzeugnisse Erwin Busch GmbH) als Verhandlungsführerin der Arbeitgeberseite.

Arbeitgeber warnen vor unrealistischen Forderungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in der KVI ergibt ein düsteres Bild. Seit 2022 sind die Produktionsmengen um 6 Prozent und die Umsätze um 7 Prozent zurückgegangen. Dies bestätigt auch die jüngste KVI-Konjunkturumfrage der HessenChemie. Viele Unternehmen sehen sich bereits gezwungen, einschneidende Maßnahmen wie Investitionsstopps, Produktionsverlagerungen ins Ausland, Kurzarbeit oder gar Personalabbau umzusetzen.

„Der Geschäftsklimaindex der Arbeitsgemeinschaft Zulieferindustrie befindet sich seit über drei Jahren im Sinkflug. Die geforderte Lohnsteigerung können sich die KVI-Unternehmen schlichtweg nicht leisten. Was nicht da ist, kann auch nicht verteilt werden“, betont Teppe. Sie plädiert stattdessen für einen „krisengerechten Abschluss“, der die Branche stützt. Beide Tarifparteien müssten für Stabilität und Verlässlichkeit sorgen.

Klare Position zu weiterer Forderung

Auch zu der zweiten Forderung der IG BCE nach einer „Tariflichen Regelung zur Wertschätzung“, zeigten die Arbeitgeber beim Verhandlungsauftritt eine klare Haltung: „Wir teilen das Ziel, die Tarifbindung auf beiden Seiten zu fördern“, erklärte Teppe. „Jedoch lehnen wir eine einseitige Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern ab. Stattdessen sollten die bereits etablierten Sozialpartnerveranstaltungen ausgebaut werden.“

Ein Lichtblick für die Verhandlungen ist der nachlassende Inflationsdruck. Diese Entwicklung müsse bei den Gesprächen berücksichtigt werden, betonte die Arbeitgeberseite.

Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 23. Januar 2025 angesetzt. Die Arbeitgeberseite setzt weiterhin darauf, eine Einigung zu finden, die den wirtschaftlichen Realitäten gerecht wird und gleichzeitig eine stabile Basis für die Zukunft der Branche schafft.